

Antrag

**an die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 7. November 2025**

Rahmenbedingungen für Vollzeit schaffen statt Teilzeitbeschäftigte zu diffamieren

In den vergangenen Monaten ist es in der politischen Debatte wieder vermehrt zu Diffamierungen von Teilzeitbeschäftigten gekommen. Dabei werden die tatsächlichen Lebensrealitäten von Menschen, die in Teilzeit arbeiten, teilweise vollkommen ausgeblendet.

Die Fakten zeigen nämlich folgendes Bild: Teilzeit ist in Österreich ganz überwiegend weiblich geprägt. Laut Momentum Institut arbeiten rund eine Million Frauen in Teilzeit, während nur etwa 220.000 Männer betroffen sind. Auch die Arbeiterkammer weist in ihren Analysen immer wieder darauf hin, dass vier von fünf Teilzeitbeschäftigten Frauen sind – und zwar vor allem Frauen mit Betreuungspflichten.

Die Zeitverwendungsstudie 2021/22 belegt eindrücklich, dass Frauen in Österreich täglich fast zwei Stunden mehr unbezahlte Arbeit leisten als Männer – insbesondere Hausarbeit und Sorgearbeit. In Haushalten mit Kindern übernehmen Frauen durchschnittlich rund 70 % dieser Arbeiten. Dass Frauen daher ihre Erwerbsarbeit reduzieren, ist nicht Ausdruck von „Lifestyle“, sondern ein Resultat der strukturell ungleichen Verteilung von Sorgearbeit und des Mangels an flächendeckender, leistbarer Kinderbetreuung.

Ein weiterer zentraler Punkt: Teilzeit ist häufig nicht freiwillig. Laut einer WIFO-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer sind in Österreich rund 139.000 Menschen unfreiwillig in Teilzeit beschäftigt. Viele würden gerne mehr Stunden arbeiten, bekommen von ihren Arbeitgeber:innen jedoch keine Möglichkeit dazu. Oft liegt das daran, dass Unternehmen Vollzeitstellen gar nicht anbieten oder die Arbeitszeit nicht flexibel gestalten. Zwar sieht das Arbeitszeitgesetz (§ 19d Abs 2a AZG) vor, dass Arbeitgeber:innen Teilzeitkräfte aktiv über freie oder neu geschaffene Stellen mit höherem Ausmaß informieren müssen. In der Praxis aber bleibt fraglich, wie oft diese Bestimmung tatsächlich durchgesetzt wird, da viele Beschäftigte ihre Rechte nicht kennen oder den Aufwand einer Klage scheuen.

Neben Betreuungspflichten und fehlenden Vollzeitmöglichkeiten gibt es noch weitere Gründe, warum Menschen Teilzeit arbeiten: Stress, hoher Zeitdruck, gesundheitliche Belastungen oder Weiterbildung. Auch das ist durch Erhebungen der Arbeiterkammer und anderer Institute belegt.

Die Diffamierung von Teilzeitbeschäftigten übersieht zudem, dass diese Arbeitsform tiefgreifende Folgen hat. Wer über Jahre hinweg Teilzeit arbeitet, ist nicht nur mit einem geringeren laufenden Einkommen konfrontiert, sondern auch mit langfristigen

Nachteilen in der Pension. Teilzeit bedeutet damit häufig ein erhöhtes Risiko von Altersarmut – und trifft, aufgrund der klaren Geschlechterverteilung, vor allem Frauen.

Es ist daher nicht nur sachlich falsch, Teilzeitbeschäftigte pauschal abzuwerten. Es ist auch gesellschaftlich gefährlich, weil es die bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern vergrößert und den notwendigen Diskurs über faire Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit verhindert. Die Realität von Teilzeitarbeit ist eine Realität von fehlenden Rahmenbedingungen, strukturellen Zwängen und gesellschaftlichen Rollenerwartungen – nicht von „Lifestyle“.

Die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Bundesregierung auf, den ständigen Beschuss der Teilzeitarbeitenden einzustellen und stattdessen die notwendigen Rahmenbedingungen für Vollzeit zu schaffen, sowie die Arbeitgeber:innen verstärkt zur Verantwortung zu ziehen:

- **Vollzeit ermöglichen durch flächendeckende, kostenfreie, flexible, vollzeittaugliche Kinderbildungs- und Betreuungsangebote mit Rechtsanspruch ab dem ersten Geburtstag.**
- **Außerdem braucht es die verschränkte Ganztagesschule und kostenlose schulische Nachmittags- und Hortbetreuung, denn Betreuungspflichten enden nicht mit dem Schuleintritt der Kinder.**
- **Ein flächendeckendes mobiles und stationäres Pflegeangebot für betreuungsbedürftige Personen, da viele Frauen auch aufgrund der Pflege von älteren und pflegebedürftigen Personen in Teilzeit arbeiten.**
- **Mobilität von Arbeitnehmer:innen durch den regionalen Ausbau des öffentlichen Verkehrs stärken. Lange Wegzeiten verunmöglichen derzeit insbesondere Frauen, die stärker auf ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz angewiesen sind als Männer, in Vollzeit bzw. in einem vollzeitnahen Beschäftigungsausmaß zu arbeiten.**
- **Die Umsetzung des AK/ÖGB-Familienzeitarbeitszeitmodells als entscheidender Schritt hin zur gerechteren Verteilung von Care-Arbeit.**
- **Den § 19d Abs 2a Arbeitszeitgesetz (AZG) effektiver gestalten und einen empfindlich höheren Schadenersatz bei Verstößen normieren. Arbeitgeber:innen müssen verstärkt in die Pflicht genommen werden, Vollzeitstellen anzubieten.**
- **Gezielte Informationskampagnen über die Auswirkungen von Teilzeit auf Leistungen aus der Sozial- insbesondere der Pensionsversicherung.**